

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-
tungen im DWBO

An die
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen
und –Abonnenten

AGMV

**Newsletter-
07/2013**

Berlin, 03. Juni 2013

**Arbeitsgemeinschaft der
Mitarbeitervertretungen**

Geschäftsstelle:
Jeanette Klebsch
Paulsenstr. 55/56
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192
Fax 030 820 97-193
agmv@dwbo.de
www.agmv-dwbo.de

**– SpitzenkandidatenInnen der Parteien nehmen Stellung zum offenen Brief vom
16. April 2013 der AGMV –**

Liebe Mitarbeitervertreter/innen,
liebe Leser/innen,

mit einem offenen Brief an die SpitzenkandidatenInnen der Parteien zur Bundestagswahl vom 16. April 2013 forderte die AGMV, dass sich die Parteien für eine Pflegevollversicherung und einen einheitlichen Pflegemindestlohn von 10,00 Euro/Stunde einsetzen sollen. (vgl. AGMV-Newsletter 05/2013)

Die LINKE und die GRÜNE Bundestagsfraktion geben zu den o.g. Kernforderungen ihre Position bzw. Stellungnahme ab. Beigefügt erhalten Sie die Stellungnahmen zu Ihrer Information.

Mit freundlichen Grüßen

Jeanette Klebsch

Im Auftrag des AGMV-Vorstandes

Anlagen: Stellungnahme DIE LINKE vom 16.05.2013 per E-Mail als Worddatei übermittelt
Stellungnahme der GRÜNEN Bundestagsfraktion per E-Mail vom 27.05.2013

Wahlprüfstein DIE LINKE

Diakonie Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz
Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen
Paulsenstr. 5556
12163 Berlin

Sehr geehrter Herr Seeger,

wir bedanken uns für Ihren Brief vom 16. April 2013 zu den Forderungen der Diakonie zur Bundestagswahl 2013.

Mit großem Interesse haben wir die von Ihnen vorgestellten Positionen und Konzepte, aber auch die deutliche Kritik der Mitarbeitervertretungen der Diakonie aufgenommen. Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass die deutsche Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht. Eine dieser großen Herausforderungen betrifft sicher den Gesundheits- und Pflegebereich.

Diese Herausforderungen zu bewältigen und hier deutliche und spürbare Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen, ist nicht ohne eine höhere soziale Gerechtigkeit möglich. Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Das war der Gründungskonsens unserer Partei, das ist die Wertebasis, auf der wir uns versammeln, das wird auch die Politik unserer neuen Bundestagsfraktion prägen.

Gern beziehen wir Stellung zu Ihren Forderungen und möchten Ihnen die Positionen der LINKEN für eine Änderung der gegenwärtigen Situation in der Pflege darlegen:

1. Teilkostendeckung: Die Leistungen der Pflegeabsicherung sind so auszugestalten, dass allen Menschen tatsächlich ermöglicht wird, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Wir sehen Pflege als Teil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Perspektivisch müssen sich Pflege und Assistenz am individuellen Bedarf des betroffenen Menschen orientieren – die Teilkostendeckung muss überwunden werden. Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung sind das Ziel.

Momentan ist die Pflegeversicherung chronisch unterfinanziert. Eine grundlegende und umfassende Reform ist längst überfällig, damit die Pflege nicht zum Luxus wird. (Vgl. Antrag DIE LINKE „Pflege tatsächlich neu ausrichten – Ein Leben in Würde ermöglichen“ Bundestagsdrucksache 17/9393). Wir möchten die soziale Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen, bedarfsorientierten und umfassenden Absicherung des Pflegerisikos weiterentwickeln.

Grundlage muss eine stabile, gerechte und verlässliche Finanzierung sein. Eine Studie weist nach: Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung kann der Beitragssatz bei eingerechnetem Ausgleich des Realwertverlusts und einer sofortigen Erhöhung der Sachleistungen um 25 Prozent dauerhaft unter 2 Prozent gehalten werden. Das schafft finanzielle Sicherheit und Spielraum für eine grundlegende Pflegereform. Pflegevollkostenversicherung und solidarische Gesundheitsversicherung bilden eine ideale Kombination. Für beides haben wir uns in der letzten Legislaturperiode eingesetzt

und werden dafür weiter mit unseren parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten streiten.

2. Privatisierung der Pflege: Die Folgen marktformiger Strukturen sind vor allem in der Pflege deutlich erkennbar. Seit der Einführung der sozialen Pflegeversicherung 1995 hat sich ein privater Pflegemarkt entwickelt. Private Träger wurden von Beginn an mit freien gemeinnützigen Trägern gleichgestellt, womit letztere ihren Vorrang bei der Leistungserbringung einbüßten. Mittlerweile befinden sich über die Hälfte der Pflegedienste in privater Trägerschaft.

Die Auswirkungen der Privatisierung sind vor allem steigende Konkurrenz und Druck zur Senkung der Löhne und Arbeitsverdichtungen für die Beschäftigten. Aber auch das Leistungsangebot der einzelnen Dienste hat sich verringert. Die Leistungen richten sich nicht nach dem Bedarf, sondern nach den Pflegesätzen. Der Kostendruck ist immens: Die Hälfte der ambulanten Pflegedienste gibt an, dass die Vergütung nicht ihre Kosten deckt (unzureichende Zeitvorgaben für angemessene Pflege, fehlende Berücksichtigung des erhöhten Betreuungsaufwandes bei Demenzkranken, Personalkosten). Privatisierung löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie und schafft neue.

Eine menschenwürdige Pflege gehört zur öffentlichen Daseinsfürsorge und ist ein elementares Menschenrecht. Deshalb will DIE LINKE weitere Privatisierung verhindern – dazu gehört auch, dass bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht-kommerzielle Trägerschaft überführt werden. Freie gemeinnützige Träger sind zu stärken. Generell setzt sich die LINKE für eine Stärkung des Öffentlichen ein, begleitet von Partizipation, Mitbestimmung und Transparenz – also verbesserten demokratischen Strukturen.

3. Pflegemindestlohn: DIE LINKE fordert seit langem die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde und gleiches Geld für gleiche Arbeit in Ost und West. Wir fordern auch gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit, um die schlechte Bezahlung sogenannter Frauenberufe zu überwinden. Von dieser Forderung werden wir nicht abweichen. Der Pflegemindestlohn als unterste Grenze verhindert Dumpinglöhne.

DIE LINKE fordert aber auch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Pflege. Eine verbindliche, bundesweit einheitliche Personalbemessung ist wichtig, um den Personalmangel zu beseitigen, eine humane Pflege und gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Um die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, sind die Arbeitsgestaltung, das Maß an Selbstbestimmung, der Abbau von Belastungen, soziale Absicherung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf zu verbessern. Eine solidarische Finanzierung der Pflege durch unsere Bürgerinnen- und Bürgerversicherung kann nachweislich den Spielraum zur Finanzierung höherer Löhne und besserer Pflege schaffen.

Wir freuen uns, dass die Diakonie und DIE LINKE die gesellschaftlichen Herausforderungen in ähnlicher Weise sehen. Sehr gerne nehmen wir die Anregungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie für mehr soziale Gerechtigkeit in die weitere Beratung unseres Wahlprogramms auf.

Ich kann Ihnen schon jetzt versichern, dass Sie mit Ihren Forderungen bei der LINKEN die sprichwörtlichen offenen Türen einrennen und wir seit Jahren für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für eine Änderung der Situation in der Pflege und zur Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürger-Versicherung nicht nur in unseren Wahlprogrammen verankert haben, sondern dazu auch wiederholt parlamentarische Initiativen in den Bundestag einbrachten. An diesen Forderungen werden wir auch in der nächsten Wahlperiode festhalten.

Ausführliche Informationen zu Positionen der LINKEN finden Sie unter:
www.linksfraktion.de/themen/. Der Entwurf unseres Wahlprogramms für die Bundestagswahl steht unter: <http://www.die-linke.de/dielinke/wahlen/>.

Mit freundlichen Grüßen,

J Klebsch - Ihr Wahlprüfstein

Von: Info - GRÜNE Bundestagsfraktion<Info@gruene-bundestag.de>
An: agmv@dwbo.de<agmv@dwbo.de>
Datum: Montag, 27. Mai 2013 16:47
Betreff: Ihr Wahlprüfstein

Sehr geehrter Herr Seeger,

vielen Dank für Ihren Wahlprüfstein an Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckhart, den wir gerne als grüne Bundestagsfraktion beantworten wollen. Im Folgenden finden Sie die Position der Fraktion zu den von Ihnen angesprochenen Themen.

Einleitung

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Forderungen vom 16. April 2013 zu denen wir gerne Stellung nehmen.

Wir sind überrascht von dem plötzlichen Interesse der Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel für die in der Altenpflege Tätigen. Nicht dass wir das Gesagte kritisieren, aber war es nicht Angela Merkel, die noch im September 2010 dafür warb, dass man Langzeitarbeitslose verstärkt in der Pflege einsetzen könnte, um dem Personalmangel zu begegnen? Damit hat die Kanzlerin doch gezeigt, dass ihr das Gespür für die dort professionell Tätigen und die zu Pflegenden gänzlich fehlt. Unserer Meinung nach handelt es sich bei der Altenpflege um eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe. Und um eine solche Tätigkeit ausüben zu können, bedarf es der wirklichen Eignung und Bereitschaft.

Überraschend ist die Aussage der Bundeskanzlerin auch vor dem Hintergrund, dass die Union jetzt seit acht Jahren in Regierungsverantwortung ist. Acht Jahre, in denen man eine vernünftige Pflege-reform hätte durchführen können, auch um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Aber passiert ist oft das Gegenteil.

Mindestlohn

Ein Mindestlohn ist ein zentraler Baustein, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und auch die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Wir sehen im Mindestlohn aber nur die unterste Auffanglinie für gering qualifizierte MitarbeiterInnen, der keineswegs den Normallohn darstellen darf. Ab 1 Juli 2013 beträgt der Mindestlohn West 9 Euro und Ost 8 Euro. Diese Ungleichbehandlung und Unterscheidung zwischen Ost und West finden wir mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht nachvollziehbar und fordern einen einheitlichen Mindestlohn. Union und FDP haben die Lohnstruktur in der Pflege durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz geschwächt: Vorher haben Pflegeeinrichtungen nur dann einen Versorgungsvertrag erhalten, wenn sie ihren MitarbeiterInnen eine ortsübliche Vergütung zahlten. Das wurde ersatzlos gestrichen mit dem Hinweis, es gäbe ja einen Mindestlohn in der Pflege. Damit der Mindestlohn nicht als Argument für eine allgemeine Senkung des Lohnniveaus herhalten kann, wollen wir die ortsübliche Vergütungsregelung wieder einführen.

Generell ist die Arbeitgeberseite gefragt, ihr eigenes Handeln kritisch zu hinterfragen. So beobachten wir etwa die zunehmende Tendenz, dass Träger – auch der Wohlfahrt – eigene Zeitarbeitsfirmen gründen, um so die Löhne zu drücken, mit großer Sorge. Dies muss ein Ende haben. Gerade kirchliche Anbieter haben oft Tarifverträge mit christlichen Gewerkschaften, die auch oft nicht auf dem höchsten Niveau liegen, während manche privaten Anbieter besser bezahlen. Hier lohnt sich ein differenzierter Blick.

Die Beteiligung von privaten Anbietern an der pflegerischen Versorgung ist für uns eine tragende Säule im Versorgungsgeschehen. Schon heute sind 62% der ambulanten Pflegedienste in privater Trägerschaft und 37% unter gemeinnütziger, wohlfahrtsverbandlicher Regie. Ohne private Pflegedienste wäre die Versorgung in manchen Regionen überhaupt nicht mehr denkbar. So gibt es Einzelpflegekräfte und ambulante Dienste, die in weniger stark besiedelten Gegenden, in denen

sich auch die Wohlfahrtsverbände zurückgezogen haben, die pflegebedürftige Menschen versorgen.

Pflegevollversicherung

Der Einführung einer Pflegevollversicherung stehen wir skeptisch gegenüber. Die Beitragssätze zur Pflegeversicherung müssten um ein Vielfaches erhöht werden, wenn die Pflegeversicherung künftig die komplette Pflege bezahlen müsste. Es ist aber absolut kein Automatismus, dass dieses Geld tatsächlich bei den Pflegekräften ankäme. Zudem ist zu befürchten, dass eine Pflegeversicherung, die „alles“ bezahlt, zu mehr stationärer Versorgung führt. Der Trend zur Verschiebung von der familialen hin zur professionellen bzw. von der ambulanten hin zur stationären Versorgung würde beschleunigt und befördert. Genau das wollen wir Grünen nicht. Wir wollen den ambulanten Bereich stärken. Zudem lässt das Konzept zur Pflegevollversicherung von ver.di viele Fragen offen, die noch beantwortet werden müssen. Als Diskussionsbeitrag ist die Studie in jedem Falle interessant aber es sind aufgrund der unsicheren Datenlage, wie das Gutachten betont, einige Sachverhalte unklar. Überdies kommen wesentlich wichtige Aspekte wie die Dynamisierung der Leistungen gar nicht zum Tragen.

Pflege-Bürgerversicherung

Wir verfolgen als solidarisches Finanzierungskonzept unsere Grüne Pflege-Bürgerversicherung. Wir wollen die Einnahmehasis der Pflegeversicherung durch die Einbeziehung aller BürgerInnen und aller Einkommensarten – also nicht mehr nur aus unselbständiger Arbeit, sondern auch aus Vermögen, Vermietung usw. – verbreitern.

So werden mehr Einnahmen generiert. Wir können dadurch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen und die Leistungen um 15 Prozent ausweiten. Zudem werden die Leistungen regelmäßig dynamisiert, d.h. zu 2/3 der Lohnentwicklung und zu 1/3 der Inflation angepasst. Eine Dynamisierung der Leistungssätze lediglich parallel zur Inflationsentwicklung reicht für den Erhalt des Leistungsniveaus nicht aus, da Pflegeleistungen naturgemäß überdurchschnittlich personalintensive Dienstleistungen sind. Die Beitragssatzentwicklung kann so bis zum Jahre 2060 deutlich unter den Beitragssätzen, die in der Sozialen Pflegeversicherung erforderlich wären, bleiben. Dies gelingt vor allem durch die Aufhebung der ungerechten Trennung zwischen Sozialer und Privater Pflegeversicherung, die wir aufheben wollen. In unserer Berechnung zur Pflege-Bürgerversicherung sind Kostensteigerungen infolge der demografischen Entwicklung, durch erforderliche Leistungsverbesserungen und eine angemessene Preisanpassung der Pflegeleistungen bereits mit berücksichtigt.

Pflege-Bahr

Den Pflege-Bahr lehnen wir aus denselben Gründen wie Sie ab. Er führt zu einer schleichenden Entsolidarisierung, weil jeder nur für sich vorsorgt und nicht mehr gemeinschaftlich wie in der Sozialen Pflegeversicherung. Man könnte fast meinen, Schwarz-Gelb habe den Pflege-Bahr ins Leben gerufen, um die nicht ausreichende Dynamisierung der Leistungen durch eine private Zusatzversicherung zu kompensieren oder gänzlich den Ausstieg aus der Solidarität zu planen. Die Förderung von 5 Euro im Monat ist ein Witz, die Leistungen des Pflege-Bahrs sind es ebenfalls. Zudem ist aufgrund des Kontrahierungszwangs damit zu rechnen, dass die Beiträge zum Pflege-Bahr mit der Zeit stark ansteigen werden und die Versicherten im Laufe ihrer Versicherungszeit eine böse Überraschung erleben. In unserem 100 Tage Programm werden wir den Pflege-Bahr wieder abschaffen.

Bitte bestätigen Sie mir doch kurz den Eingang dieser Mail. Bei Rückfragen können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Sibylle Steffan

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Büro der Fraktionsgeschäftsführung

Infoservice
Dorotheenstraße 101
10117 Berlin

T 030-227-51666
F 030-227-56552
M sibylle.steffan@gruene-bundestag.de